

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,20 Mk. einchl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pfg.

—: Fernsprecher Nr. 324. —:

**Gratisbeilagen:**  
Unparteiisches Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsbeilage  
Wissenschaftliches Monatsblatt  
Gartenbau — Anzeigen

Anzeigenpreis: Für die einpaltige Zeile oder deren Raum 25 Pfg., im Restmonat 30 Pfg. Chiffreanzeigen und Anzeigen 20 Pfg. mehr. Platzgebühr ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr nachmittags.

—: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 281

Sonnabend den 1. Dezember 1917

44. Jahrg

## Neue Angriffe der Engländer bei Cambrai zurückgeschlagen.

### Der neue Kanzler.

Mit derselben Spannung, mit der das Werden der neuen Regierung Hertling-Paetz-Friedberg in der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes verfolgt wurde, sah man dem ersten Auftreten des neuen Kanzlers im Reichstage entgegen. Die Tribünen des Hauses und der Saal selbst waren überfüllt wie selten an großen Tagen. Nicht nur sämtliche Staatssekretäre des Reiches, sondern auch alle preussischen Minister, unter ihnen der Vizepräsident Dr. Friedberg und die führenden Minister der süddeutschen Bundesstaaten wohnten der Donnerstag-Sitzung bei, in der Graf Hertling zum ersten Male als Kanzler zum deutschen Volke sprechen konnte. Kaum nachdem der neue Kanzler das Wort ergriffen hatte, war das Rindfleisch durch ihn und der Volksvertretung hergestellt. Die Erfahrungen, über die Graf Hertling als langjähriger Parlamentarier verfügt, ließen ihn sofort den richtigen Ton finden, in dem ein Reichskanzler zu der Volksvertretung sprechen muß und in dem zu seinem eigenen Nachteil Herr Dr. Michaelis nicht sprechen konnte. Es zeigte sich in dem ersten Vortrags des Grafen Hertling, wie recht die Parteien der Linken hatten, wenn sie Saboteure hindurch verlangten, die leitenden Staatsmänner müßten aus derselben Volksvertretung entnommen sein, um bei sie zusammen zu arbeiten haben. Aber nicht nur die Sprache, mit der Graf Hertling sich äußerte, und innerpolitisches Programm entwickelte, gewann ihm das Vertrauen der großen Mehrheit des Reichstages, sondern auch der sachliche Inhalt seiner Ausführungen. Das, was er in den Tagen der Verhandlungen vor der endgültigen Übernahme des Kanzleramtes versprochen hatte, hat er restlos gehalten. Er hat keine Einschränkungen gemacht, wie sie seinem Vorgänger bald so gefährlich wurden: er hat die Aufgabe für innerpolitische Reformen und für die Führung der auswärtigen Politik im Sinne der Mehrheitsparteien erfüllt. Dem Grafen Hertling, der von dem Präsidenten Dr. Paetz wie noch nie zuvor ein Reichskanzler freundlich begrüßt wurde unter Umfassung an die letzte Rede, die er als Zentrumsführer im Reichstag gehalten hat, ist es nicht leicht geworden, an die Spitze des Deutschen Reiches zu treten. Er bekannte es selbst und versicherte, daß ihm nur die Pflicht, dem Vaterlande das Beste zu geben, zu der Übernahme des Kanzleramtes veranlaßt habe. Aber wenn man dann den neuen Kanzler sprechen hörte, frisch und frei mit laut vernehmbarer Stimme, so konnte man vergessen, daß er ein hoher Sechziger ist. Es fied viel Energie in dem kleinen Körper, und dieser Energie wird Graf Hertling auch bedürfen, wenn er sein Programm, das er am Donnerstag unter Zustimmung der Mehrheitsparteien im Reichstage entwickelte, gegen die offenen und versteckten Feinde, die sich auf der Rechten und bei den unabhängigen Sozialdemokraten durch Hindernisse vernichten ließen, durchzuführen will. Dieses Programm besteht formell in dem Vorschlag, vertrauensvoll mit dem Reichstage in allen Fragen zusammen zu arbeiten. Sachlich will er den Erfordernissen der neuen Zeit gerecht werden, und er bekannte sich damit zu der Reformpolitik der Neuorientierung, deren eifriger Förderer er bereits als bayerischer Ministerpräsident gewesen ist. Er versprach, daß in der nächsten Tagung das Arbeitsamtesgesetz dem Reichstage zugehen werde und ebenso auch die Novelle zur Gewerbeordnung, die den Gewerkschaften die Koalitionsfreiheit sichert. Nur mit einem Satz, aber deutlich verständlich für alle, auch für die konservativen Rechte, die durch Zwischenrufe zu erkennen gab, daß sie den Satz auch wirklich verstanden hatte, ließ Graf Hertling erkennen, daß er sich für die Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform mit aller Kraft einsetzen werde. Die Sozialpolitik soll fortgeführt und erweitert werden. Die Justiz soll eine Milderung erfahren, die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes sollen gelockert werden.

Nach einer Schilderung unserer günstigen Kriegslage und nach Worten herzlichen Dankes für die wackeren Kämpfer zu Wasser und zu Lande widmete Graf Hertling einen großen Teil seiner Ausführungen der auswärtigen Politik. Er stellte an die Spitze die von dem Reichstage mit lebhaftem Beifall angenommene Mitteilung, daß am Mittwochabend die gegenwärtige russische Regierung Kenntnis an die Regierungen der Völker der kriegführenden Länder funktelergraphisch die Aufforderung gerichtet hat, zu einem neuen Termin die Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Auf der Grundlage unserer Antwort auf die Passnote, zu der sich der Kanzler nun bekannte, sollen die Vorschläge der russischen Regierung geprüft werden und soll mit den bevollmächtigten russischen Vertretern verhandelt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll bei diesen Verhandlungen beachtet werden, und von solchen Verhandlungen erhofft Graf Hertling, daß sie uns den Frieden bringen können. Wie es bei Beginn des Krieges feierlich versprochen wurde, daß uns nicht Eroberungslust treibt, so soll es bleiben, und nicht bei uns bestehen die Eroberungsabsichten, sondern bei den Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens, denen wir mit unseren Friedensversicherungen keinen Freibrief gegeben haben. Schon der lebhafteste Beifall, den die Darlegungen des Kanzlers bei den Mehrheitsparteien fanden, ließ erkennen, daß er ihrer Zustimmung sicher war.

In den Erklärungen, die für das Zentrum der Abg. Trimborn, für die Sozialdemokratie Herr Scheidemann, für die Fortschrittliche Volkspartei der Abg. Fischel und für die Nationalliberalen Dr. Stresemann abgab, wurde das bekräftigt. Wie in parlamentarisch regierten Ländern folgten die Antworten auf die Kundgebung vom Regierungssitz. Die vertrauensvolle Bitte um Unterstützung aus dem Hause fand eine vertrauensvolle Zusage. Der fortschrittliche Führer Fischel war erweislich, daß in den Fragen der auswärtigen Politik unsere Antwort in dem Maße die Richtigkeit bleiben soll und Begründung besonders nachdrücklich die Aufnahme, die das russische Angebot bei der deutschen Reichsleitung gefunden hat. Auch das innerpolitische Programm fand in der fortschrittlichen Erklärung Zustimmung und Billigung. Alle Ausnahmestimmungen auf politischem, religiösem und sozialem Gebiet müssen fallen und der erste Schritt dazu ist für die fortschrittliche Volkspartei in der Umfindung des Arbeitsamtesgesetzes und der Gewerbeordnungsnovelle erkennbar. Die preussische Wahlrechtsreform wird hierfür ein entscheidender Prüfstein sein unter Zurückdrängung militärischer Einflüsse muß das alte Belagerungszustands-Gesetz geändert werden. Die fortschrittliche Volkspartei ist zur vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Regierung bereit und will ihre Wünsche den Kriegsnöwendigkeiten unterordnen. In heißen Danke für das an den Fronten Geleistete will sie ein neues Deutschland zimmern helfen, das schöner und freier ist, als das alte, damit die Juristengelehrten sich darin wohl fühlen und die Dabeingebliebenen einen Ansporn haben, in der Hoffnung auf dieses neugefaltete Deutschland die schweren Lasten des Krieges weiterhin zu tragen. Die Sozialdemokratie hat sich zwar nicht an der Regierung beteiligt, aber sie will nach der Befreiung des Herrn Scheidemann dieser neuen nach parlamentarischen Gebräuchen entstandenen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, sie will sie unterstützen in der Hoffnung, daß sie alle Hindernisse für einen dauerhaften Frieden beseitigt. Der neue Reichskanzler konnte nach dem Gange der Debatte einen vollen Erfolg verzeichnen.

### Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Die Dreiklassenwahlrecht und Reichstagswahlrecht. Nachdem nunmehr dem preussischen Landtag ein Gesetzesentwurf, der das Dreiklassenwahlrecht beseitigen und

durch das Reichstagswahlrecht mit einigen Modifikationen erlesen wird, vorgelegt worden ist, erregt es anfangs, hervorzuheben, wie sehr das Dreiklassenwahlrecht die Zusammenziehung einer Volksvertretung beeinflusst hat. Das ergibt sich aus einem Vergleich zwischen der Zusammenziehung des preussischen Abgeordnetenhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt und den Reichstagsabgeordneten, die in den 230 Reichstagsabgeordneten des Reiches gewählt worden sind. Ein Vergleich zwischen der Vertretung der 443 preussischen Landtagsabgeordneten und der 236 preussischen Reichstagsabgeordneten zeigt, daß gegenwärtig vertreten sind

	im Abgeordnetenhause:	im Reichstag:
Nationalliberale	78	25
Deutschkonservative	148	35
Deutsche Fraktion (Freitoni.)	54	26
Zentrum	100	50
Polen	12	18
Nationalliberale	73	28
Fortschrittliche Volkspartei	40	25
Sozialdemokraten	10	50
Wilde	3	5
	443	236

Diese Nebeneinberufung bietet eine Erklärung, weshalb die Konservativen von dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrecht für das preussische Abgeordnetenhause nichts wissen wollen. Sie erklären sich auch, weshalb der konservative Führer von Brandenburg am 17. Januar im preussischen Abgeordnetenhause die Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses als fast ideal bezeichnet hat und warum er an dem indirekten und öffentlichen Dreiklassenwahlrecht in Preußen höchstens Schwächen entdecken konnte. Ein völlig außerordentliches Bild von der zukünftigen Zusammenziehung des Abgeordnetenhauses liefert die obige Zusammenstellung nicht, weil die Wahlrechtsmeinung für den Reichstag und das Abgeordnetenhause vielfach von einander abweicht und weil auch das neue Wahlrecht für Preußen in nicht unwichtigen Punkten sich von dem Reichstagswahlrecht unterscheidet, so daß viele Reichstagswähler, auch wenn sie Preußen sind, bei den Landtagswahlen nicht werden mitzählen dürfen, falls nicht noch Veränderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen werden.

Die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Der Tag, an welchem Graf Hertling sich dem Abgeordnetenhause als preussischer Ministerpräsident vorstellte und die Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Herrenhausreform begann, lief nicht nach. Es ist durch den bisherigen Gang der Beratungen zweifelhaft geworden, ob der in Aussicht genommene Termin des 4. Dezember innegehalten werden kann oder ob nicht eine Verschiebung auf Mittwoch, den 5. Dezember, eintreten muß. Endgültig wird darüber eine Donnerstag oder Freitag stattfindende Beratung des Ausschusses entscheiden.

Graf Hertling darf erst nach drei Jahren wählen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu der Wahlbestimmung für die Wahlberechtigung: Die ganze Bestimmung und ihre Erläuterung wird durch ein einziges Beispiel ad absurdum geführt. Unter sie fällt nämlich auch der neue preussische Ministerpräsident Graf Hertling, der durch seine Berufung die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat. Auch er soll sich nach dieser weilen Begründung erst drei Jahre lang in die politischen Verhältnisse Preußens einleben, ehe er das Wahlrecht erhält, inwieweit aber durchaus bestritten sein. Die Gesetze Preußens zu lesen.

Die Triarier als allertrennste Opposition S. 1025. In einer konservativen Verammlung in Neustadt hielt der konservative Abg. v. Bonin-Wehrenburg einen Vortrag, in dem er von der Neuorientierung nichts wissen wollte. Das Reichstagswahlrecht sei viel reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht. Wir werden uns vor die Dynamik der Sozialisten stellen und werden sie gegen den Reichstag und gegen die königliche Staatsregierung mit unseren Leibern zu bedecken suchen! — Köstlich!

### Der Weltkrieg

#### Das russische Waffenstillstands- und Friedensangebot.

Berlin, 29. November 1917.  
Reichskanzler Graf von Hertling machte heute im Reichstag folgende Mitteilung:  
Die russische Regierung hat gestern von Zarsolexe aus ein von dem Volkstummislar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trojtski und dem Vorsitzenden des Rates der Volkstummislar Herrn Kenu

unterzeichnetes Funkentelegramm an die Regierungen und die Völker der kriegsführenden Länder gerichtet, worin sie vorzuschlagen, zu einem neuen Waffenstillstand zu treten.

Sie sieht nicht an, zu erklären, daß in den besetzten Vorhöfen distinkte Grundlagen für die Aufnahme von Verhandlungen erlitten werden können und daß sie bereit bin, in solche einzutreten, sobald die russische Regierung ihre beoimungsfähigen Vertreter entsendet.

Sie hoffe und wünsche, daß diese Bestrebungen bald feste Gestalt annehmen und uns den Frieden bringen werden.

Der Berliner Korrespondent der „Kön. Ztg.“ erklärt zu den russischen Friedensanträgen in auf-fallendem Druak:

„Stellt sich heraus, daß die gegenwärtige Petersburger Regierung die nötigen Maßnahmen trifft, um ihren Willen zur Geltung zu bringen, dann würde sich auch die wichtige Frage über Verhandlungsfähigkeit von selber klären. Lord Robert Cecil hat erklärt, es bestehe nicht die Absicht, eine solche Regierung anzuerkennen. Für uns stellt sich die Frage einfach dahin: Wer hat die Macht? Verbündet sich mit der Macht der Wille zum Frieden, so legen wir nicht ein, warum wir nicht eine Regierung der Vollgewalt ebenfalls für Verhandlungsfähig ansehen sollten wie jede andere.“

Der Schweizer Bundesrat teilt mit: Der Kommissar für die auswärtigen Angelegenheiten der maximalistischen Regierung in Petersburg Trozki hat den Vertretern der sechs neutralen europäischen Staaten in Petersburg eine Note überreicht, durch die er Kenntnis von den Vorschlägen gibt, die den Vorkämpfern der Ex-terente bezüglich eines Friedens und Waffenstillstandes gemacht wurden. In der Note verlangte Trozki die amtliche Übermittlung der Vorschläge an die Regierungen der Zentralmächte. Der schweizerische Gesandte in Petersburg hat nach Beratung mit den übrigen dortigen neutralen Geandten Trozki den Empfang der Note bekräftigt. Der Bundesrat hat heute von diesen Mitteilungen Kenntnis genommen und beschlossen, bei seiner Gesandtschaft noch genauere Erkundigungen einzuziehen und die Mitteilungen der Vorschläge zu verlangen, die den Vorkämpfern der Alliierten in Petersburg gemacht worden sind. Demgemäß hat der Bundesrat sich keine Entscheidung über die Folge, die dem Schritt Trozki zu geben ist, vorbehalten. Die Schweiz vertritt keine Interessen in Russland und ist von Russland nie um Vertretung seiner Interessen in den kriegsführenden Ländern angegangen worden.

Nach einer neuer-Meldung schrieb der spanische Geschäftsträger Trozki, daß er Trozki's Note seiner Regierung übermietet habe. Der Geschäftsträger habe hinzugefügt, er wolle alles tun, um zu einem Friedensschluß, nach dem die ganze Menschheit so sehr verlangt, beizutragen.

Wird Rumänien dem Beispiel Rußlands folgen?

Wie aus Amsterdam gemeldet wird, hat Rumänien eine Note an England, Frankreich und Amerika gerichtet, die darlegt, Rumänien werde durch die russischen Verhältnisse gezwungen, ohne die Hilfe der Alliierten die Front preiszugeben oder mit dem Feinde zu verhandeln. Rumänien wünscht, daß die Pariser Konferenz Erkundigungen schaffe, damit Rumänien nur eine Lösung eingeleite, die die Alliierten befriedigt.

England und unsere Kolonien.

Neuer meldet: Bei einer Vorlesung in Kings College über die deutschen Kolonialbestrebungen sagte Sir Charles Lucas, der Vorsitzende des Kolonialinstituts, die kolonialen Bestrebungen Deutschlands gingen nicht dahin, diejenigen der anderen Völker zu ergänzen, sondern sie zu verdrängen. Dikafrika habe Deutschland in wunderbarer Weise für Kampfszwecke besetzt. Falls es nicht dazu gezwungen wird, sollte kein nicht-europäisches Volk, gleichviel ob weißes oder schwarzes, das von deutschen Joch befreit worden ist, wieder unter dieses Joch zurückgebracht werden. Man hat davon gesprochen, keine Annexionen zu machen, aber was in Ostafrika zu beachten ist, das ist die Wüste, Granatstein und die Unmoralität, mit der die deutsche Herrschaft über die Eingeborenen gehandhabt wurde. Es würde in der Zukunft keinen Frieden in der Welt geben, wenn nicht Deutschland aus Afrika ausgeschlossen bliebe.

Auf der Konferenz der vereinigten britischen Handelskammern führte der Premierminister in einer Rede aus, jeder Vorschlag, Samoa und Neu-Guinea wieder an Deutschland zurückzugeben, würde von der britischen Bevölkerung des südlichen Stillen Ozeans als bittere Enttäuschung empfunden werden. Es würde bedeuten, daß Samoa zum Hauptland der deutschen Stillen-Ozean-Flotte würde. Die Deutschen würden dort eine Station für drahtlose Telegraphie einrichten, und eine U-Boot-Basis anlegen. Der Premier fügte hinzu, die britische Regierung ist darüber unterrichtet worden, daß wir entschlossen sind, die Deutschen nicht wieder auf die Inseln des Stillen Ozeans zu lassen, wenn wir es auf irgend eine Weise verhindern können.

Die Kämpfe an der Westfront.

In Flandern heftige Beschüßung. — Aussehen der Schlacht bei Cambrai.

Aus Berlin wird in Ergänzung des gestrigen Nachmittagsberichts unserer Obersten Seeerkennung gemeldet: In Flandern lag am 28. November auf dem Abschnitt von Beckapelle und Passchendaele ununterbrochen heftiger Beschüß. Von 11 Uhr vormittags ab richtete sich sehr starke Feuer auf unsere Linien nördlich von Beclaire bis zur Straße Dorn-Menin, das

sich zu einflüchtigem Trommelfeuer in Gegen-Gebiet steigerte. Feindliche geplante Angriffe kamen in unserem wichtigste zusammengefügten Vernichtungsfeld nicht zur Entfaltung. Und nachmittags erhielt der Abschnitt Marktartige-Bandboorde bei lang andauerndem Feuer starken Beschüß. Besonderer Nachdruck lag auf unseren Stellungen beiderseits Bullshöck, wo bei den morgentlichen Unternehmungen bayerischer Stoßtrüpp der Feind außer der gemeldeten Gefangenen einbe schwere blutige Verluste hatte. Um 6 Uhr abends wurde hier eine starke feindliche Abteilung, die nach bestiger Artillerievorbereitung vorstieß, im Handgranatentamp und Mächtigengewehrfeuer abgewiesen. Am Abend wurde unsere Stellung zwischen der Rüste und dem Neuport-Kanal bis zum Houthulster-Walde planmäßig mit allen Kalibern beschossen. Um 8 Uhr 30 abends schloß das Feuer in Gegen-Basschen-daele übergehendes trommelfeuerartig an und erreichte gegen Mitternacht große Heftigkeit. Einblüß der G-Gruppe wurden bei teils lebhafter Feuerstärke feindliche Patrouillen abgewiesen.

Auf dem Kampfpfahle westlich Cambrai steigerte sich nach verhältnismäßig ruhiger Nacht am Vormittage des 28. November das feindliche Feuer auf dem Abschnitt von Ducant bis Bourlon zu großer Stärke. Feindliche Patrouillen, die gegen Moürres und Bourlon vorstießen, wurden verjagt. Am Nachmittage schloß auch bei Fontaine und Crevecoeur das Feuer zeitweise an. Am Abend nahm das feindliche Artillerie- und Minenfeuer vor allem beiderseits der Straße Uras-Cambrai und im Abschnitt von Bullecourt bis La Folie und zwischen Moerens und Bourlon zu. Die Stadt Cambrai wurde wiederum von Feinde beschossen. Ueberdies feindliche Anmannungen bei Graincourt, Anneux und Le Rave wurden unter Vernichtungsfeldfeuer genommen.

Westlich und östlich der Maas wurden bei nachmittags aufstrebendem Artilleriefeuer stärkere französische Abteilungen unter erheblichen Feindeverlusten abgewiesen.

Starkes Artilleriefeuer bei Voelshewitz. Westlich von Bourlon ist ein englischer Angriff verlustreich gescheitert.

Die englischen Verluste in Flandern. Wiederm ergeben die Veröffentlichungen der englischen Zeitungen von englischen Verlusten ein erschreckendes Bild. Vom 21. bis 31. Oktober 1917 verloren die Engländer täglich durchschnittlich 3580 Mann. Zu bedenken ist hierbei noch, daß dies amtliche Angaben sind, in Wirklichkeit wird es wohl noch schlimmer aussehen.

## Der Krieg mit Italien

Erneute italienische Massenangriffe zusammengeschoben. In Italien brachen erneut italienische Angriffe auf dem Weisner der Brenta und am Mte. Tomba unter schweren Verlusten für die Italiener zusammen.

Der Kriegsberichtsführer der Wiener „Zeit“ meldet: Seit Dienstag hat sich über das Kampfgebiet an der unteren Piave dichter Nebel gelagert. Im Schutze des Nebels richteten die Italiener Mittwoch vormittags einen Angriff gegen den Tridentenpost bei Zenson. Sie wurden unter großen Verlusten zurückgeschlagen.

## An der Ostfront und auf dem Balkan letztschloß

haben sich keine größeren Kampfhandlungen angepießt.

## Vom Seekriege.

Fünf neue Schiffverrentungen werden heute gemeldet.

Englands Nordseeverluste. Die britische Admiralität meldet: In der vergangenden Woche wurden 14 Schiffe über 1600 Tonnen und 7 Schiffe unter 1600 Tonnen versenkt. 18 Schiffe wurden ergebnislos angegriffen.

## Der türkische Krieg.

Der türkische Kriegsminister über die Lage. In der Sitzung der türkischen Abgeordneten-kammer vom 26. November gab der Kriegsminister folgende Erklärungen ab:

„Ich komme eben von den Kriegsfrenten. An der Front sind wir ein wenig vorgeückt, um die Lage der Engländer zu erkunden; aber bevor die beiden Armeen miteinander in Kampf gerieten, gingen die Engländer von Jossens längs des Tigris zurück. Der Kampf, der sich vorher am Capirat in der Umgebung von Hamadi entfalten hatte, ist in Wirklichkeit ein Ereignis, das auf die allgemeine Lage ohne Einfluß ist. Ich bin überzeugt, daß unsere Armee an dieser Front in materieller und moralischer Beziehung instand ist, ihre Pflicht zu tun.“

In Syrien mußte die türkische Armee infolge gewisser militärischer Erfordernisse ein wenig zurückweichen, aber nunmehr werden sich die Lage verhältnismäßig zu unseren Gunsten. Dierauf bestellte ich der Minister mit der Zurückdrängung des Feindes nördlich von Wadi Anbsche. Heute, sagte der Minister, hat unsere Kavallerie den Feind in diesem Fronteile mit 11 Kilometer von der Front zurückgedrängt und Beute gemacht. An dieser Front bestellte ich vier Tausend bis Soldaten und Offiziere. Unsere Lage ist hier sicher, und es ist sogar leicht zu sagen, daß die Erfolge, die wir da zu erzielen begannen, sich weiter entwickeln.

## Der englische Rückzug in Palästina.

Der englische General Allenby meldet aus Palästina: Unsere vorgehenden Erkundungstruppen, die auf das nördliche Ufer des Barnaja, der Meilen nördlich Jaffa, übergegangen waren, wurden von der feindlichen Infanterie zurückgedrängt und sollen jetzt das südliche Ufer and bedern die Übergänge. Verschiedene Truppen nahmen Beitir, Saratim und Wirtam, 32 Meilen westlich Jerusalem. Starke türkische Truppenabteilungen hielten das Hochgebirge westlich Jerusalem und bedeten die Straße Jerusalem-Sidon nach Norden.

## Der Bürgerkrieg in Rußland.

Zum russischen Friedensvorschlag.

„Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg vom 26. November: Die Armee sieht durchweg Kenins Friedensvorschlag mit Vorbehalt an. Nur ein Viertel war damit einverstanden, mit den Deutschen Verhandlungen zu beginnen. Der allgemeine Veronesausbluß im Hauptquartier wogerte sich, Serenno als Oberbefehlshaber anzuernennen. „Sapras“ berichtigt aus Petersburg: Ein Appell Trozki's an das Zentralkomitee des Sowjet bekräftigt die den Soldaten gegebene Erlaubnis, mit dem Feinde in Unterhandlungen zu treten. Der neue Generalkommissar Rylenkow ist an der Front eingetroffen und wird die Angelegenheit des Waffenstillstandes durchzuführen.

Der „Daily Telegraph“ meldet aus Petersburg: General Balujew, Befehlshaber der Westfront, wurde abgesetzt, weil er sich weigerte, mit dem Feinde über den Waffenstillstand zu verhandeln. Er wurde durch einen Maximilian ersetzt. Die Heresausstöße von der rumänischen Front verlangten telegraphisch vom Bolschewitsch, er möge dem

Bürgerkrieg ein Ende machen und eine sozialistische Koalitionregierung bilden. Goris Zeitung „Nowoje Schin“ ist sehr entrüstet über Friedensvorschläge, meint aber, daß die Antwort des rumänischen Geandten ein diplomatischer Erfolg für die Bolschewitsch ist.

Weitere Besichtigung der Bolschewitsch.

Eine Janas-Deputation aus Petersburg, deren Veröffentlichung auch in der französischen Presse zugelassen ist, meldet vom Dienstag: Die bisher vorliegenden Details der Verhandlungen in der Armee lassen keinen Zweifel mehr, daß die große Mehrheit des Heeres von den maximalistischen Ideen wegführt sei und der neuen Regierung jede Gefügigkeit leisten werde.

Neuer meldet aus London: Nach einer Depesche der Petersburger Telegraphen-Agentur haben die Maximilianen nach vierzigem Kampfe Tschist entzert. Der dort befindliche General Korowitschewo wurde verhaftet. Sjalonow und der englische Bolschewitsch festgenommen.

„West Journal“ meldet aus Petersburg: Auch gegen den früheren Minister des Auswärtigen Sjalonow ist ein Haftbefehl der neuen Regierung ergangen, nachdem ein geheimes Briefwechsel Sjalonow mit einer Deputation in Petersburg aufgefunden worden ist.

Aus Basel wird gemeldet: Der „Matin“ meldet aus Amsterdam, daß der englische Bolschewitsch Buchanan, der Rußland verlassen wollte, in Finnland von den Parteigängern Kenins und Trozki festgehalten wurde.

Der Wunsch Englands mit der Entente.

„Daily Chronicle“ meldet: Die neue russische Regierung hat die Verträge mit den Alliierten auf Munitionslieferungen für die russische Armee mit sofortiger Wirksamkeit genehmigt. Die Regelung der finanziellen Verpflichtungen Rußlands ist der konstituierenden Verammlung vorbehalten.

Von der russischen Grenze wird der „Nat. Ztg.“ gemeldet: Das Blatt „L'Entente“, das vornehmlich von den Petersburger Ententebotschaften gepößt wird, meldet, daß die Spannung zwischen Rußland und den Alliierten in den letzten Tagen an Schärfe immer mehr zugenommen habe. Obgleich sich die Alliierten immer noch weigern, anzuernennen, daß hinter der „Gruppe von politischen Arbeitern“ tatsächlich das russische Volk stehe, sind doch die letzten Vorgänge an der russischen Front dazu angetan, zu befehlen, daß von Seiten der Alliierten nunmehr die äußersten Maßnahmen unabweisbar seien. „L'Entente“ meldet dann weiter, daß Trozki in einer neuen Note im Namen des Rates der Volksbeauftragten an die Alliierten die Forderung gerichtet habe, die russischen Truppenabteilungen in Frankreich und Mesopotamien sofort nach ihrer Heimat abzusen lassen, ferner die unter englischen Kommando stehenden russischen Flottenkräfte wieder herauszugeben, und eine Forderung der Romandowgeleit in Kronstadt, Murman und Alexandrowsk durch die englischen Kommandanten an die lokalen Volksbeauftragten.

Schweden und die Malandinseln.

Die Malandinsfrage steht durchaus im Vordergrund des Interesses. „Aftonbladet“ erklärt in einem Leitartikel: Man könne aus den veröffentlichten Dokumenten entnehmen, daß bei einem Sieg der Entente Schweden den Tod gefunden hätte.

## Der Krieg in den Kolonien

Anflich wird aus London gemeldet: In Ostafrika ergab sich der deutsche Oberst R. Tafel mit 12 deutschen Offizieren, 6 Militärärzten, 8 deutschen Beamten und 1202 Askaris, sowie 220 Eingeborenen bedingungslos den britischen Truppen bei Nwawa. Er war aus Habenge vorgezogen und war offenbar in Inkonsistenz darüber, daß Nwawa schon von den britischen Truppen besetzt war.

Verantwortlicher Redakteur Franz Röhner in Merseburg. Druck und Verlag von E. Böhner in Merseburg.





Politische Übersicht

Nordische Staaten. In Christiania traf am Donnerstag die Könige von Schweden und Dänemark ein zu Besprechungen mit dem König Oskar von Norwegen, die sich um die Lage der nordischen Reichs in Beziehung drehen. Es ist die große Zusammenkunft der drei Könige.

Frankreich. Die Pariser Verhandlungskonferenz wurde am Donnerstag vormittag 10 Uhr unter dem Vorsitz Clemenceaus im Ministerium des Äußeren eröffnet. Clemenceau legte zur Begrüßung: In dem heutigen Krieg führt uns das Gefühl einer hohen Solidarität zwischen den Völkern in dieser Stunde zusammen, damit wir auf den Schicksalen uns das Recht erwerben auf einen Frieden, der wahrhaft die Menschheit dient.

England. Neuer Bericht aus Philadelphia, daß der Kommandant des deutschen Dampfers „Prinz Eitel Friedrich“, Korvettenkapitän Thierichen, wegen Verweigerung gegen das Gefäß über den weißen Schloßhandel zu 14 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Der Dampfer „Prinz Eitel Friedrich“ ist ein deutscher Hilfskreuzer, der nach erfolglosen Wasserfahrten am 10. März 1915 in Newport News interniert wurde. — Ein Ergänzungsetat sieht die Einstellung von wiederum 50 000 Offizieren und Mannschaften für die Marine vor. Der Hauptetat betrug 400 000 Mann aller Grade. — Lord Balfour, der Führer der Unionisten im Oberhaus, richtete an den „Daily Telegraph“ einen Brief, in dem er entsprechend der veränderten Lage eine Revision der Kriegsziele der Verbündeten fordert. Die Friedensbedingung sei auf beiden Seiten gleich groß, denn man sehe ein, daß eine weitere Fortsetzung des Krieges eine Katastrophe für die Welt in die Zukunft bedeuten würde.

Deutschland

Zur allgemeinen Stellungnahme des Reichstanzlers. Die Deutsche Parlaments-Korrespondenz berichtet: Der Gesundheitszustand des neuernannten Reichstanzlers Dr. v. Bayer ist nicht beratend, das eine baldige Übernahme des Amtes erwartet werden kann. Es ist nun bemerkenswert, daß während die im Gesundheitszustand der einzelnen Reichstanzler erlassenen Verordnungen und Bundesratsverordnungen von Reichstanzler in Vertretung durch die Staatssekretäre geschickt werden, im letzten Reichsgeheißblatt eine Anzahl Verordnungen bekannt gegeben werden, die vom Stellvertreter des Reichstanzlers Grafen von Hübner vollzogen sind. Danach ist der Staatssekretär des Reichsjustizamtes Graf von Hübner für die Dauer der Behinderung des Reichstanzlers Dr. v. Bayer mit der allgemeinen Vertretung des Reichstanzlers betraut worden. Als solcher wird er wahrscheinlich auch in Verbindung des Reichstanzlers den Vorsitz im Bundesrat führen. Graf von Hübner ist nächst dem Staatssekretär Dr. Wolf der dienstälteste unter den Staatssekretären.

Wichtig: Deutscher Diplomat. 10 deutsche und österreichische Diplomaten und Konsuln sind nach einer Meldung aus Amsterdam, mit ihrem Familien-Team vor einem norwegischen Dampfer verlassen. Es sind dies die diplomatischen Vertreter aus den südamerikanischen und asiatischen Staaten, die in New York auf freies Geheiß gewartet hatten. Die Bestimmung des Schiffes ist Christiania, falls nicht noch später von der englischen Admiralität anderweitige Anordnungen getroffen werden.

Der altenburgische Landtag stimmte der Regierungsvorlage über Verlängerung der Landtags- wahlperiode und der Dauer der nächsten Finanzperiode bis 1921 bei und genehmigte Kriegsermächtigungen für landliche Beamte und Arbeiter, Soldaten und Lehrer, Ruhegehälter und Hinterbliebenen im Gesamtbetrag von reichlich 700 000 Mk., abgelehnt dagegen wurde die Vorlage über Steuerfreiheit der Kriegsermächtigungen.

Frankreich lehnt den allgemeinen Austausch der älteren Kriegsermächtigungen ab. Nach einer Mitteilung des französischen Ministeriums des Äußeren vom 22. November hat die französische Regierung den von der deutschen Regierung angenommenen allgemeinen Austausch der älteren Kriegsermächtigungen endgültig abgelehnt.

Sei wie eine Blume.

Roman von Erich Ebenlein.

32 Fortsetzung. (Nachdruck verboten.) Als sie nicht kam, fragte man sich, ob vielleicht alles doch nur Täuschung gewesen und Baronin Flora am Ende wirklich nur zur Erholung fortgeritten war? Später hieß es, sie sei zu Besuch bei ihren Verwandten in Wien.

Und dann war dieser schöne Mittelalter Graf Solbers hier aufgetaucht, der Frau Lou so reichend den Hof machte und den sie, wie einige wußten wollten, gelegentlich wenn ihr Schwager nicht dabei war — so sehr ermuntern sollte. Er wollte auf Urlaub bei Verwandten in Preinbach. Und heute hätte irgend jemand die Neugierde verbreitet, daß die Frau Baron Friedriths in aller Stille zurückgekehrt war und oben bei ihrem todtrunkenen Kind lies, während er hier als Hausvater die Gäste empfing. — Es war jedoch interessant.

Marx Frau Lou meinte man müßte die geringste Erregung an — und es hätte sie doch nicht fast lassen können, wenn ihre Schwägerin plötzlich zurückgekommen wäre! — aber der junge Baron war entschlossen anders als sonst. Weil er nicht und sehr erstarrte seine Augen schweiften unruhig umher, manchmal gab er ganz verkehrte Antworten.

Jetzt war er überhaupt unsichtbar geworden. Aber plötzlich war das Ganze auch nur Eifersticht auf den Grafen Solbers? Denn der trieb es ja zu bischen an heute. — Freilich Frau Lou war auch immerhin schon in ihrem politischen Nationalismus. Einmal wohlhaft Dämonisches frörmte von ihm aus, eine bacchantische Lebensfreude — die wohl Männer um allen Verstand bringen konnte.

— An der Schwelle einer neuen Zeit. Der höchste Landtag ist durch den Minister des Innern Freiherrn von Rodemann an Stelle des erkrankten Staatsministers Freiherrn von Büsch im Namen des Großherzogs eröffnet worden. Nach Bekanntgabe einiger Geheißvorlagen lag die Thronrede beim Abschluß des Krieges werden mit an der Schwelle einer neuen Zeit stehen. Die Verfassung, Gesetzgebung und Verwaltung des höchsten Staates weisen eine stetige Entwicklung auf im Sinne einer starken Vertiefung aller Volksteile an der Leitung und Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten. Unter Erhaltung der bewährten Grundlagen unseres Staatswesens werden die Einrichtungen des Staates, der Kreise und der Gemeinden in betrauten vollen Zusammenwirken von Geist, Volk und Verwaltung und den Anstrengungen einer Weiterbildung zuzuführen sein, welche dem Geiste der neuen Zeit Rechnung trägt.

— Graf Bismarck zur Lage. Im Laufe der Etatsdebatte in der jüngsten Zweiten Kammer erklärte Staatsminister Graf Bismarck von Calfat: über die Kriegsziele haben sich zwei Meinungen gebildet. Die einen verlangen, daß ein Friede erklöpft wird, der uns Erfolg der Opfer bringt; die anderen meinen, daß wir auf einen möglichst baldigen Friedensschluß hinarbeiten, damit der Opfer nicht mehr werden. Die Reichstagsentscheidung vom Juli 1917 kann unmöglich die Kriegsziele beurteilen, die sich im Oktober und November gestaltet hat. Wir stehen durchaus auf dem Standpunkte, daß wir zu einer Verständigung mit unseren Gegnern bereit sind, aber die Verständigung muß von uns nicht abhätten, dem Gegner, der eine Verständigung auswehnt, die Folgen seines Zuns in jeder ganzen Schwere aufzuerlegen. Wir brauchen nicht zu befürchten, daß wir mit unserem stilligen Nachbar in absehbarer Zeit nicht zu einer Verständigung gelangen könnten. Es handelt sich nur darum, daß sich dort eine Regierung bildet, welche die Verständigung herbeiführt, die die deutsche Regierung ein ernstes Friedensangebot macht. Wir haben keinen Grund, die Herren zu verkünnen. Unsere Lage ist auf allen Fronten ausgezeichnet und wir dürfen der Obersten Seeresleitung das Vertrauen entgegenbringen, daß sie die weitere Entwicklung der militärischen Ereignisse voll ausnützen wird.

Parlamentarisches.

Das Abgeordnetenhaus legte am Donnerstag die Ernährungsäußerung vor. Der Zentrumsvorsitz, E. Hall, Geheimer in Oberleuten, sprach im Sinne der Ausführungen des Internationalen Redners vor allem für eine Förderung der Lebensmittelproduktion, wobei an erster Stelle stehen müßte: Preisfrage und Verteilung feiner Angelegenheiten zweiten Ranges. Das Gesamtbild, das die Volksernährung gegenwärtig bietet, ist gewiß nicht erfreulich, aber durch einmütiges Zusammenwirken aller Stände werde es gelingen, der Schwierigkeiten Herr zu werden. Für die Aufrechterhaltung unseres Sozialpolitischen, wobei er allerlei Befürchtungen darüber Ausdruck gab, daß die gegenwärtige Reichstagsmehrheit in dieser Hinsicht nicht ganz zuverlässig sei. Für die Freiheitspartei sprach der Abg. v. Dörben, der sich dem Beobachtern, daß die Verhandlungen jetzt übertrieben würden und daß der Schlechtwetterdampf anzuholte, aber die Verhandlungen doch nicht allzu traglich nahm, da sie nur der Not entsprängen. Der Sozialkommissar für Volksernährung, Herr v. Waldow, rechtfertigte das als Angriff auf die Wandbreite getriebene Rindfleischprogramm der Reichstagsopposition und sprach über die Ausgestaltung der Preisierungsverträge. Abg. Hoff, der für die sozialistische Volkspartei das Wort nahm, hob die einschlagende Bedeutung ausreichender Ernährung der ländlich-industriellen Bevölkerung für das Durchhalten hervor und verszeichnet mit Genugtuung, daß das Reichsernährungsamt sich nunmehr in der Frage „Wenig oder Vieh“ die von der Linken stets vertretenen Grundzüge zu eigen gemacht hat. Auch im Zentrumsvorstand ist hierin gegen die Zeit des Herrn v. Schorlemer ein erfreulicher Wandel eingetreten. Nach einer längeren Rede des nationalliberalen Abg. Dr. Leby, der im ganzen einen vermittelnden

Sie lehnte dort — weit genug von den anderen getrennt, daß man nicht verstehen konnte, was sie mit ihrem Begleiter, dem Mittelmeister, sprach — an der von zahllosen roten Hühnerfüßen überbrückten Wand des Lehnzuges, um man dortin gesellen hatte.

Daß neben ihr stand Graf Solbers, blieb nur Leidenschaft, die dunklen Augen unterwand auf sie gerichtet, und sammelte ihre eine Weibeskürzung nach der andern zu.

Ein Stück entfernt, das er von der Park in den Hochwald überging, schritt im Schatten der Bäume ein einhalmiger Mann warmwichtig auf und ab.

Was ging ihm das Feuerwerk an, das oben begann? Er dachte nur an eines: Flora ist wieder da! Und nun ist das Kind nicht mehr so allein und keine Augen quälen mich nicht mehr mit der Frage: „Wann kommt Mama wieder?“ Nun kann ich endlich, endlich wieder ruhig werden!

Er lachte bitter auf.

„Ruhig? Nein! Im Gegenteil. Man fing die Qual doppelt, dreifach wieder an, wenn er sie Tag für Tag nebeneinander leben müßte — die eine, die ich immer neu begehre, deren kleine Hände seine härtesten Entschlüsse drückte wie Glas; und die andere, die wie ein reiner Stern in die Nacht seiner Seele leuchtete, vor der er sich unerbittlich hätte niederwerfen müssen und stehen Bergig! Und bist mir! Reize mir den Zauber aus der Welt, den verfluchten Zauber, der ich habe und der mich doch nicht losläßt.“

Standpunkt einnahm, vertagte das Haus die Weiterberatung am Freitag 12 Uhr.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat den Parteiführern am Donnerstag mitgeteilt, daß er Freitag in der Sitzung des Ausschusses vorzulegen wird, nach Vereinbarung mit dem Ministerpräsidenten Grafen Hertling die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage am Mittwoch den 5. Dezember vorzunehmen. Nach der ersten Lesung der Wahlreform soll nach der Absicht der Antragsteller der Antrag verhandelt werden, der von Konfessionen, einigen Zentrumsvorleuten und Nationalliberalen eingebracht ist und den Beamten volle Freiheit in der politischen Betätigung sichern will im Gegensatz zu der gegen die Betätigung für die Vaterlandspartei gerichteten Anordnung des Ministers des Innern Dr. Drehs.

Provinz und Umgegend.

Weißenfels, 30. Nov. Die letzte Stadtvorversammlung in Weißenfels genehmigte die Annahme einer Schenkung von 5000 Mark des Herrn Emil Goske anlässlich ihres 40jährigen Bestehens, sowie mehrere Errichtungen des verstorbenen Kenners Karl Scherwitz im Höhe von 30 000 Mark. Die der Stadt zugefallenen Gelder sollen für wohltätige Zwecke verwendet werden. Eine Errichtung von 12 000 Mark soll dem Gedächtnis des im Kriege gefallenen Sohnes des Gerichtsherrn Walter Scherwitz dienen. Das Kriegslohn der Stadt, das seit vorigem Jahr im Kriege ist, soll eingezogen werden; da sich die Papierpreise nicht be-währen haben, sollen für 1650 Mark Gelde, und zwar 100 000 Markpennigstücke in Metall, beschafft werden. — Die Höhe der Kriegs- und ländlichen Familienunterstützungen werden für Kriegsveteranen monatlich auf 25 bis 20 Mark, für Kinder auf 15 bis 10 Mark erhöht. Die monatliche Mehrzahlung beträgt circa 9000 Mark. Bis Ende Juli d. J. sind 2 1/2 Millionen Mark Kriegsveteranenunterstützungen gezahlt worden, die zu Teilen der Stadtkasse fallen. Es sind zurzeit 2537 Frauen und 5215 Kinder bzw. andere unterstützungsberechtigte Personen zu berücksichtigen. Den Kriegsveteranen der städtischen Beamten und Lehrer sollen auch Kriegsveteranenunterstützungen gewährt werden.

Frauenhausen (Schiff), 30. Nov. In der Aktienbrauerei rißte wegen verschwendlichen Verbrauchs von Häckel der Braumeister Hartung abend zwischen 6 und 7 Uhr den 15jährigen Gehilfenführer Hans Wehm und gab dann bei mehreren frechen Angehörigen dem Jüngeren, der sich nicht losen lassen wollte, eine Maulschelle. Daraufhin warf der Würdige dem Braumeister einen großen Stein in das Auge, so daß das Brillenglas zertrümmert wurde, Glas splitter ins Auge drangen und dieses ausfiel. Der Gefasste mußte sich in eine Augenklinik nach auswärtigen begeben. Das Auge ist verloren.

Gommern, 30. Nov. Ein guter Kampf ist zwischen Gendarmen und nachrichtlichen Mörderknechten gelungen. Er hat den dem 8. Hb.-Reg. hier antomenden Ostmannsverwalter Ulrich Heilmann, der im Reife mit 1400 Mark durchgegangen war, II, der nach 800 Mark bei sich hatte, in den Schmelz gebracht, seine Eltern wohnen in Baruth.

Leipzig, 29. Nov. In der Nacht zum 25. November ist ein nach der Petersstraße zu gelegenes Schaufwerk des bekannten Mollenhagens Polich von Einbrechern erschlagen worden, die dann aus der dahinter befindlichen Kasse folbare Damengarderobe in Werte von annähernd 6000 Mark stahlen. Auf die Wiederbeschaffung der Waren ist eine Belohnung von 300 Mark gesetzt worden.

Dresden, 29. Nov. Nach behördlicher Anordnung darf in Dresden vom 1. Dezember an die Temperatur in der Wohnräume n 8 Grad nicht übersteigen. Zu-überhandlungen, die durch anstößige Nachprüfungen festzustellen, werden eine Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und eine Geldstrafe bis zu 10 000 Mark über diese beider Strafen nach sich. Auch kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden.

Wien i. B., 29. Nov. Ein irredentisches Ende fand der 43jährige Gussblecher Alwin Roppel aus dem böhmerischen Gießhof. Vor einigen Wochen war er während einer Parteilandung von Österreich nach Wien in Sunde in die Hand bekommen und schwerlich leicht verletzt worden. Nach acht Tagen stellten sich Schmerzen in

Die eine, die oben bei seinem Kinde saß, und die andere, die an sein Kind nicht einmal dachte und hier Hühnerfüße... Die eine zu der er den Weg verloren, und die andere, zu der er ihn nie finden würde, nie finden konnte, denn es gab ja keinen, der er gehen konnte. Denn etwas stand hoch und heilig in ihm fest: Das Kind hatte ich nicht lassen und darf es auch Flora niemals nehmen. — Ein Djean von Licht ergoß sich plötzlich blendend über die ganze Landschaft, die er, ertrübt aus seinen Gedankens aufstieg und bewirkt um sich farrte. Und in diesem Lichtmeer hatte er eine unbegreifliche Vision: Er sah ein wunderschönes Weib, halb verumtelt in Rosen, die strahlenden blauen Augen lebensfähig beglückend in ein andres Augenpaar vorstreckte. Er sah sie verheißungsvoll lächeln und es wollte duften, daß seine Mädchenform tatsächlich die ihre an die Lippen rührte. Und dann glitt die strahlenden Augen plötzlich in ihre Kreise und die eben noch brennende Glut der Wangen erblickt schlüssig.

Zugleich erschloß die blendende Helle und tiefe Finsternis hüllte alles ein. — Er fuhr sich über die Stirn. — Dem du ein Bild der Wirklichkeit gewesen? Stand dort an der rotenbedeckten Wand Lou? Der war es nur ein Spiel seiner Phantasie gewesen? Da fühlte er im Dunkel neben sich plötzlich ihre Nähe und den aufreißenden herben Duft wider Wohlblüthen, den sie als Parfüm benutzte. — Dem auch sie hatte ihn erkannt und der Schreck, er könne mehr gesehen haben, als ihr lieb war, trieb sie ebenfalls an seine Seite.

„Seino“, flüsterte sie heiss, „marum bist du nicht bei mir? Dem ganzen Abend hält du dich fern! Was bedeutet dies?“ (Fortsetzung folgt.)

Kran ein, denen bald Schilddrüsenleiden folgten. Auf Anraten des Arztes, der Kalksalzverbindungen aus der Galle der Leber nach dem Blasenrückenfließen fragte, wo er nach lösseren Seiten in einigen Tagen vertrieben werden könnte, 29. Nov. Der Arzt rief eine Kalksalzleberleber bei sich im nahen Büttgenort die 80 Jahre alte Fabrikbesitzerwitwe Steinbach. Sie lebte in einem Anstalle von Veremische drei Stod hoch aus ihrer Wohnung herab.

## Merseburg und Umgegend.

30. November.

**Ansage.** Dem Kanonier Bruno Schurig, Sohn der verw. Frau Wädemeyer Sch. von hier, ist das Eisenerz 2. Klasse verliehen worden.

**Verjährungsfrist.** Der Bundesrat hat die Verordnungen über die Verjährungsfrist vom 4. November und vom 9. September 1915 in Anbetracht der Verordnung vom 26. Oktober 1916 weiter dahin geändert, daß die Verjährung nicht vor dem Schlusse des Jahres 1918 vollendet wird.

**Zwei Zählungen.** Am 1. Dezember findet die Zählung, am 5. Dezember die allgemeine Volkszählung statt. Dabei findet sich der Vermerk: „Mit Rücksicht auf die Populärtheilnahme ist die größte Sparlichkeit bei den Zählparatien dringend geboten.“ Da die Zuweisung der Lebensmittel von der Anzahl der festgestellten Personen abhängt, so ist es nötig, für unbedingte Richtigkeit zu sorgen. Die Ausfüllung der Zählpapiere bietet ebenbürtig Schwierigkeiten wie im vorigen Jahre.

**Eine Sammlung von Wäpazier** wird, wie der Magistrat bekannt gibt, in diesen Tagen auch in unserer Stadt stattfinden. Die Schulen haben sich bereit erklärt, das Wäpazier abzugeben. Bei dieser Gelegenheit werden die Kinder in den Haushaltungen auch nach alten Konventionen, die Wäpazier nachfragen.

**Am 30. November** wird die Sitzung des Ausschusses und jenseits mit dem 3. Dezember wesentliche Veränderungen ein. Wir erlauben uns Beachtung der amtlichen Bekanntmachung und entsprechende Berücksichtigung des Fahrplans.

**Vom Strafversteher.** In letzter Zeit ist es mehrfach vorgekommen, daß die Bürgersteige mit Hundspatz besudelt worden sind. Die Polizeiverwaltung macht darauf aufmerksam, daß dies verboten und strafbar ist.

**Das Verbot des Währens von Tauben** betrifft eine Bekanntmachung des stellvertretenden Kommandierenden Generals im Anzeigenteil der vorliegenden Nummer.

**Die Protokollanten der Schwarzbücher.** Die Entziehung der den Schwarzbüchern lange Zeit gewährten zweiten Aufschlagmarke hat in der beteiligten Kreise nicht gerade angenehm berührt, da man dort zu dem Gedanken neigte, die Protokollanten beanspruchen zu können. Ein geübliches Recht darauf hat indessen niemals bestanden, und die jetzt in Wegfall gekommene zweite Protokollmarke wird auch künftig nicht wieder ausgestellt werden, wie ja heute ganz allgemein jeder ein Hundswäpazier als ebendam erhält. Die anspruchsvolle Besserstellung der Gesamtbevölkerung ist übrigens auch die Ursache dafür, daß die einpündliche Kartoffelzulage für Schwarzbücher vorläufig beim neuen Jahre für jedes Kind leben werden. In der Woche der Woche werden, so bedeutet das eine weit bessere Versorgung, als wenn die sonstige Bevölkerung nur jedes Kind die Schwarzbücher oder noch ein Hund besonders dazu erhalten.

**Die Schwarzbücher** sind durch diese Maßnahme übrigens auch ganz schärfer gestellt; denn sie bekommen doch immer noch etwas mehr als andere, bald Form, bald Fett, bald Käse oder eine andere wertvolle Gabe, total als eben irgend gegeben werden kann.

**Nein Nachläßen von Fahrten mehr.** Reisen, die so spät auf dem Bahnhof erscheinen, daß ihnen ein Wagen von Fahrten zu dem betr. Zuge nicht mehr möglich ist, sind nunmehr nicht länger gestattet, gegen einen Anzeigenteil vom Bahnhofsamt, dieses an der Station nachzuholen. Vom 27. November ab ist diese Vergünstigung aufgehoben. Reisen, die so spät auf dem Bahnhof ankommen, werden von der beschaffigen Fahrt ausgeschlossen und können erst mit dem nächsten Zuge befördert werden.

**Andere Hofsekte und die H-Boote.** Wie bisher immer war auch der folgende Hofsektortag bei Flottevereins im „Anno“ gut besucht. In seinen Begrüßungsworten wies der Vorsitzende der hiesigen Ortsgruppe des Flottenvereins, Kemner Leber, auf die ersäunlichen Leistungen unserer Flotte und Seemannschaft, von denen wir, daß sie bei jeder neuerlichen Ausfahrt auf See wiederum hehrgeit bezeugen, an uns so dem Frieden immer näher bringen.

Als Vortragender war Kommandant Redde gekommen, der nach seinen eigenen Versicherungen leider nicht aktiv am Weltkrieg teilnehmen konnte, aber einige Monate im Reichsmarineamt geistig mitarbeitete und dann Ertränkung zu Kriegszeiten erhielt. Mit besonderer Freude sei er nun heute nach dem überlall im besten Sinne bekannt haben, schönen, alten und deutschen Merseburg gekommen. Wenn auch die Hauptarbeit des Krieges von unserem großen unerschöpflichen Volksheer erledigt worden sei, so habe doch die Flotte wissenschaftlichen Anteil an der für uns glänzigen Lage, und noch so bei den Feinden immer mehr frande und werden Frieden immer näher schimmern lassen, drängt ihn eine erneute Dankbarkeitsgefühl gegenüber den Seiden von Meer und Flotte dafür auf, daß sie für uns leben kämpfen und sterben. Der Redner, eine humoristische ausgeprägung, ergriffen indem in gewinnender, fehsender und zwangloser Form den Vortrag wieder der Hofsekte, von der Seefahrt bei den Flottasindeln und der englischen Niederlage am Esteraat, wobei die Ausführungen durch zahlreiche vorzügliche Beispielen von Schiffstypen, Flottenaufmächtigungen und Kampfen unterstützung wurden.

Der zweite Teil des Vortrages erläuterte den Beginn der Entwicklung des H-Bootkrieges, dessen Wirkung und Bedeutung gegenüber den Feinden, besonders den Engländern, und warzte auch mit Zahlenangaben über den ungeheuren Schiffstammverlust bei den Feinden, die ebenfalls vorzügliche Beispielen an der Vermeidung. Gewiß sei der H-Bootkrieg, in dem Vordergrund gerückt, aber die Gesamterfolge konnten nur durch gemeinsames Zusammenwirken mit der Hofsekte erreicht werden. Über die Künftigen zu denken, ihr

Verdienst hat es, wenn durch die Hoffnungen von Seiden und Flotte die Windungen Hoffnungen, aus dem Kampf mit den nordischen Feinden völlig ausgeschlossen, bereiteten worden sind und nur die Tatsache, daß unsere Hofsekte mit der stützigen zu vorzüglich zusammenarbeiten, hat die hehrliche Niederlage bei dem Dardanelen-Unternehmen erwirkt. — Damit wäre der Gedankengang der Ausführungen des Admirals kurz gezeichnet. Anschließt der Vortragenden und seiner ruhigen ungeschwungenen Vortragensweise, verließ sich das gespannte Interesse von Anfang bis zu Ende und der Beifall von selbst.

**Ein Einbruchsdiebstahl** ist wieder in vergangener Nacht im Bürgergarten-Grundstück verübt worden. Gestohlen wurden ca. 20 große Äpfel und 5 Hühner. Die Tiere sind an mehreren Stellen gestohlen worden. Die Täter konnten bisher nicht ermittelt werden.

**Zu dem Artikel „Wertwürdige Zustände im hiesigen Elektrizitätswesen“** sind uns einige Zuschriften aus Halle, Magdeburg, Weissenfels und Jorlag zugegangen, in denen mitgeteilt wird, daß der letzte Sturm in diesen Städten doch mindestens ebenso gut gefaßt hat wie in Merseburg, aber daß die Anlagen in der elektrischen Leitung nicht so gut gefaßt sind. Auch diese Zuschriften beweisen erneut, in welcher trauriger Verfassung unsere Elektrizitätsversorgung ist und es für die Stadtverwaltung höchste Zeit sein dürfte, hierin durchgreifende Änderungen eintreten zu lassen.

## Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelfeinder für Sonnabend den 1. Dez.)

### Für Haushaltungen.

Angabe, Fleisch in der Menge von 15. September bis 31. Oktober mehr als 3000 Eier aufbringen müssen. Zusätzlich sind aber nur gegen 700 Stück abgeliefert worden. Daraufhin hat die Polizeiverwaltung denjenigen Hühnerbesitzern, die gar nicht oder nicht in ausreichendem Maße ihrer Verpflichtung zur Eierablieferung nachkommen, ihren die Hühner für Dezember nach bestimmten Grundstücken zu entziehen.

**100 Gramm Rubel und 1 Pfund Mehl** sind in der Ausgabe der Lebensmittelkarten Nr. 38 und 39 bis Sonnabend in den Lebensmittelgeschäften. Butter: In dem Butterverteilungsstellen pro Kopf 50 Gramm.

**Landkäse:** An die Kunden der Butterverteilungsstellen Schmalz (Kl. Winterkäse) und Konjum-Berein (An der Geisel) pro Kopf 30 Gramm.

**Grünwurst:** Im Laden Burgstraße 16 für die Nr. 1 bis 1300; im Laden An der Geisel 2 für die Nr. 1301 bis 2000. Verkaufzeit nachmittags von 4 bis 7 Uhr.

**Rohfleisch:** Bei Hofmann (Obere Breite Straße) von nachmittags 2 bis 5 Uhr für die Nr. 2701 bis 3000. Freibrant: Von 8 bis 10 Uhr vormittags für die Nr. 351 bis 500.

**8 Rüden, 30 Nov. Eisenversorgung** scheitert. Die Stadt Äpfel hätte in der Zeit vom 15. September bis 31. Oktober mehr als 3000 Eier aufbringen müssen. Zusätzlich sind aber nur gegen 700 Stück abgeliefert worden. Daraufhin hat die Polizeiverwaltung denjenigen Hühnerbesitzern, die gar nicht oder nicht in ausreichendem Maße ihrer Verpflichtung zur Eierablieferung nachkommen, ihren die Hühner für Dezember nach bestimmten Grundstücken zu entziehen.

## Mücheln und Umgegend.

30. November.

**Carsdorf, 29. Nov.** Dem Kanonier Oskar Apel, Sohn des hiesigen Landwirts Albert Apel, und der Aussteuerer Oswald Fürste, Sohn des hiesigen Landwirts Oskar Fürste, wurden mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet.

**Aus dem Anfratulle, 29. Nov.** Der Wildschütz hat einen weitestgehenden Vortag erfahren. Besonders geliebt ist der Weidland, der Stolz unserer Wälder. Die Folge ist, daß Jahre notwendig sind, ihn wieder zu haben. Auch Freude Kämpfe und die Fahren sind nur spärlich vorhanden und liefern unzulängliche Jagdergebnisse. Redigieren fanden vorbestimmte noch am zahlreichsten, da in dem weissen Gelände verschiedene Brutpaar gut durchgekommen sind, dennoch bleibt auch hier zu wünschen übrig. Die Ursache für den Rückgang des Wildstandes liegt außer in dem Raubwege, das sich in unerwünschter Weise vermehrt hat, in dem harten, lange anhaltenden Schneesturm Winter, den die jüngeren Bestände fast sämtlich zum Opfer gefallen sind.

**Freunburg, 29. Nov.** Dem Bahnhofsbeamten Brack wurden 7 Koningeln gestohlen, und in das in den Schweigenbergen gelegene Weinbergshaus der Frau Amtsgerichtsrätin Siedert wurde eingebrochen. — Als auf dem heutigen Wochenmarkt wurde wieder zu hohe Preise für geordnet worden (bis zu 80 bis 90 Mark für das Paar), beschlagnahmte Polizeibeamten Brack mehrere Korbfische und verkaufte sie nach Gewicht, das Pfund zu 1,60 Mark. Als die Händler dies sahen, verließen sie den Markt.

## Gerichtsverhandlungen.

**Schöffengericht Merseburg.** Der Arbeiter Otto R. im Veanaer soll am 31. August 1917 den Schachtmeister Jakob dahelst mit einem Steine überfällig mißhandelt, ihn auch mit Vorhalsband bedrückt haben. Die Sache wurde verurteilt am 20. November zum Zusage am nächsten Termin. — Der Arbeiter Otto B. und der Anwalde Friedrich Th. in Schloppau waren angeklagt, im September 1917 ungefahr je 2 Zentner Äpfel, der Firma Wolf-Salle gehörend, gestohlen zu haben; die Ehefrau Luise B. dahelst sollte die Äpfel von ihrem Ehemann genommen haben, weshalb sie wegen Diebstahls unter Anklage stand. Alle drei Beschuldigten wurden aber mangels ausreichender Beweise freigesprochen. — Antrag auf gerichtliche Entziehung gegen einen ihm zugestellten amtserheblichen Strafbescheid hatte der Arbeiter Hermann Sp. in Frankeleben gestellt. Er war beschuldigt, im September 1917 in der für Büchsen Karaffen gestohlen zu haben. Es erfolgte Freisprechung, da der Zeuge nicht bezeugen kann, daß Sp. Karaffen gestohlen habe. Wegen Diebstahls war die Arbeiterin Ida B. aus Merseburg angeklagt, die am 4. Oktober 1917 der Frau Hilber ein Paar Holzpantoffeln im Werte von 4 Mk. weggenommen hatte. Ihre Strafe wurde auf drei Tage Gefängnis festgesetzt. Die Hausbesitzerin Johanne S. in Merseburg hatte am 15. Oktober 1917 auf der Straße Dörfel-Merseburg einer Frau Ida Rahl aus Korbitz, mit der sie sich auf dem Wege nach Merse-

burg befand, ein Paar Pantoffeln im Werte von 2 Mk. 50 Pf. abhandeln abgenommen. Wegen Diebstahls wurde sie mit 3 Tagen Gefängnis bestraft. — Die Arbeiterin Anton G. und Stanislaus W. auf dem Rittergute 2311 in hatten am 5. Oktober 1917 gemeinschaftlich ihren Arbeitsgeber, Rittergutsbesitzer Cornelius, ungefahr 120 Pfund Mehl im Werte von 16-17 Mk. aus der Scheune gestohlen. Es erhielt 5 Tage und der noch jugendliche H. 3 Tage Gefängnis. — Die Schlichter Karl S. aus Berner S. aus Merseburg, haben unter der Anklage, im Monat September-Oktober 1917 mehrere Fenstergehäusen des dem Oberst J. v. Brandenstein hier gehörigen Gebäudes vorzüglich durch Wertier mit Steinen zerstört zu haben. Wegen Sachbeschädigung wurde ein jeder von ihnen mit einer Woche bestraft. Die Ehefrau Ida M. aus Merseburg war angeklagt, im Sommer 1917 fortgesetzt unbefugt mit fremden Kriegesgefangenen verkehrt und ihnen den Befehl gestattet zu haben. Das Verdict beurteilte die Angeklagte zu 2 Monaten Gefängnis. — Der Werkführer Frau G. in Merseburg war angeklagt, am 18. September 1917 den Arbeiter Franz G. aus Merseburg mit der Zusage, einen Besuchsbesuch zu haben, ihm aber er zu unterzulegen, ihn in schlage, ihn gleich auf der Stelle tot. Das Verdict setzte eine Strafe von 25 Mk. oder 5 Tage Gefängnis fest. — Der jugendliche Arbeiter Paul M. in Merseburg sollte ihn insofern der Behörde schuldig gemacht haben, daß er im August 1917 in Erdbeer-Außenvernehmung des Kanoniers Schlichter einen Aufzeichnung nicht daraus entfernt haben, weshalb er wegen Verstoßens bestraft wurde. Sie wurde mit 10 Mk. oder 2 Tagen Gefängnis bestraft. — Weil sie Ende September 1917 eine an einem Vater am selbige Außenvernehmung stehende, dem Kanonier Gottlob Wolff gehörige Ege im Werte von 25 Mk. gestohlen hatte, wurde die Arbeiterin Hans S. aus Schierndel mit 5 Tagen Gefängnis bestraft.

## Neueste Nachrichten.

### Der deutliche Heeresbericht.

Berlin, 30. Nov. (Großes Hauptquartier.)

### Westlicher Kriegsschauplatz.

#### Front des Kronprinz von Preußen nach Belgien.

In Flandern errippen sich am Nachmittage dem Hauptquartier Weste bis Jandouwe lebhaft Kämpfe, namentlich bei der Straße von Hapelle und nordlich von Ghelmeit mit großer Heftigkeit geführt wurden. Eigene Schützentruppen stiegen nahe an der Seite und in einzelnen Momenten des Kampfes in die feindlichen Linien vor und brachten zahlreiche Franzosen und Engländer ein.

Bei Armentières, Lens und südlich von Arras gesteigerte Feindtätigkeit.

Auf dem Schiaatsfeld bei Cambrai griff der Engländer am frühen Morgen nach heftiger Feuerwirkung unsere Stellungen westlich von Bourlon an. Unter schweren Verlusten wurde er zurückgeschlagen. Am Nachmittage nahm der Kampf zwischen Jandou und Fontaine wieder heftigste Stärke an.

Zu der Gegend von St. Quentin war die Artillerietätigkeit lebhafter als am Vortage.

#### Front des Deutschen Kronprinzen.

Ein eigenes Stützpunktsunternehmen nördlich von Brant hat vollen Erfolg und brachte Gefangene ein.

Auf beiden Massieren leidet das Feuer teilweise auf.

#### Front des Generalfeldmarschalls Hermann von Wismberg.

In vielen Stellen, namentlich im Sundgau, regte Tätigkeit der Franzosen.

Seit dem 24. November verloren unsere Gegner im Luftkampf und durch Abwurf von der Erde 30 Flugzeuge und 2 Jagdflugzeuge.

Leutnant Bunker erlang seinen 30. Geburtstag. Leutnant Borgart seinen 25., Leutnant Böhm seinen 24. und Leutnant Klein seinen 21. Geburtstag.

Im Osten, Magdebonien und Jandou keine größeren Kampfhandlungen.

Erster Generalquartiermeister Lubenski. (R. I. S.)

### Neue U-Boot-Deute.

Berlin, 30. Nov. (Amtlich.) Westlich und südwestlich der Straße von Gibraltar haben unsere U-Boote wieder 5 Dampfer und 2 Segler mit zusammen rund 14 000 Briketts, 80 000 Zentner Kohlen, 2000 Zentner Mehl, darunter ein englisches Einheitsgeschiff, den bewaffneten italienischen Dampfer „Lorenzo“ (2495 Tons), den bewaffneten japanischen Dampfer „Yoma Maru“ (2987 Tons) und den amerikanischen Dreimastdampfer „Jennie Prescott“ (404 Tons) unter den vertriehenen Bedingungen erbeutet. 3000 Tonnen Kohlen nach Italien und 1800 Tonnen Eisen.

Der Chef des Admiralsstabes der Marine.

### Zur Lage in Rußland.

Kopenhagen, 30. Nov. „Sozialdemokraten“ melden über die Selbstauflösung der russischen Regierung beschloß, neue Vorkämpfer in London, Paris und Rom zu ernennen. Für diese Vorkämpfer sind Anhänger der Bolschewikpartei auszuwählen. Sämtliche Entente-Exponenten protestieren gegen die Verabsichtigung der Geheimdokumente und beschloßen, nach Stockholm abzureisen und ihre Vertretung insbesondere Bevölkerung für die Übertragung „Romo“ selbst mit dem Chef der Flotte, Admiral Wiederski, abgelehnt und durch Kadten ersetzt worden ist.

# Merseburger Correspondent.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: vierteljährlich 1,60 Mk., durch den Boten frei ins Haus 1,80 Mk.; durch die Post 2,20 Mk. einsehl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter 2,10 Mk. Einzelnummer 10 Pf.

—: Kreisprecher Nr. 324. —:

Gratisbeilagen:  
Unbezahltes Unterhaltungsblatt  
Landwirtsch. u. Handelsbeilage  
Wirtschaftliches Monatsblatt  
Cottentelligen — Anzeigen

Einzelgenpreis: Für die einpfeilige Beilage über deren Raum 25 Pf., im Restbetrag 50 Pf. Chiffreanzeigen und Raumwerbungen 20 Pf. mehr. Beilagen ohne Verbindlichkeit. Schluss der Anzeigenannahme: 9 Uhr vormittags. —: Geschäftsstelle: Delgrube 9. —:

Nr. 281

Sonnabend den 1. Dezember 1917

44. Jahrg

## Neue Angriffe der Engländer bei Cambrai zurückgeschlagen.

### Der neue Kanzler.

Mit derselben Spannung, mit der das Werden der neuen Regierung Hertling-Bauer-Friebberg in der gesamten Öffentlichkeit des In- und Auslandes verfolgt wurde, sah man den ersten Antritt des neuen Kanzlers im Reichstage entgegen. Die Tribünen des Hauses und der Saal selbst waren überfüllt wie selten an großen Tagen. Nicht nur sämtliche Staatssekretäre des Reiches, sondern auch alle preussischen Minister, unter ihnen der Vizepräsident Dr. Friebberg und die führenden Minister der süddeutschen Bundesstaaten wohnten der Donnerstag-Sitzung bei, in der Graf Hertling zum ersten Male als Kanzler zum deutschen Volke sprechen konnte. Kaum nachdem der neue Kanzler das Wort ergriffen hatte, war das Bindeglied zwischen ihm und der Volksvertretung hergestellt. Die Erfahrungen, über die Graf Hertling als langjähriger Parlamentarier verfügt, ließen ihn sofort den richtigen Ton finden, in dem ein Reichskanzler zu der Volksvertretung sprechen muß und in dem zu seinem eigenen Nachteil Herr Dr. Michaelis nicht sprechen konnte. Es zeigte sich in dem ersten Antritte des Grafen Hertling, wie recht die Parteien der Linken hatten, wenn sie Vorstrafe hindurch verlangten, die leitenden Staatsmänner müssen aus derselben Volksvertretung einmündig sein, mit der sie zusammen zu arbeiten haben. Aber nicht nur die Sprache, mit der Graf Hertling sein außen- und innenpolitisches Programm entwickelte, gewann ihm das Vertrauen der großen Mehrheit des Reichstages, sondern auch der sachliche Inhalt seiner Ausführungen. Das, was er in den Tagen der Verhandlungen vor der einträglichen Übernahme des Kanzleramtes versprochen hatte, hat er reiflich gehalten. Er hat keine Einschränkungen gemacht, wie sie seinem Vorgänger bald so gefährlich wurden: er hat die Aufgabe für innerpolitische Reformen und für die Führung der auswärtigen Politik im Sinne der Mehrheitsparteien erfüllt. Dem Grafen Hertling, der von dem Präsidenten Dr. Koepff wie noch nie zuvor ein Reichskanzler freundlich begrüßt wurde unter Anknüpfung an die letzte Rede, die er als Zentrumsführer im Reichstage gehalten hat, ist es nicht leicht geworden, an die Spitze des Deutschen Reiches zu treten. Er bekannte es selbst und versicherte, daß ihn nur die Pflicht, dem Vaterlande das Beste zu geben, zu der Übernahme des Kanzleramtes veranlaßt habe. Aber wenn man dann den neuen Kanzler sprechen hörte, fröhlich und frei mit laut vernehmbaren Stimme, so konnte man vergessen, daß er ein hoher Siebziger ist. Es fiedt viel Energie in dem kleinen Körper, und dieser Energie wird Graf Hertling auch bedürfen, wenn er kein Programm, das er am Donnerstag unter Zustimmung der Mehrheitsparteien im Reichstage entwickelte, gegen die offenen und versteckten Feinde, die sich auf der Rechten und bei den unabhängigen Sozialdemokraten durch Zwischenschübe vernehmen lassen, durchführen will. Dieses Programm besteht formell in dem Vorschlag, vertrauensvoll mit dem Reichstage in allen Fragen zusammen zu arbeiten. Sachlich will er den Erfordernissen der neuen Zeit gerecht werden, und er bekannte sich damit zu der Verharmlosung der Neuorientierung, deren eifriger Förderer er bereits als bayrischer Ministerpräsident gewesen ist. Er versprach, daß in der nächsten Tagung das Arbeitskammergesetz dem Reichstage zugehen werde und ebenso auch die Vorlage zur Gewerbeordnung, die den Gewerkschaften die Kooperationsfreiheit sichert. Nur mit einem Satze, aber deutlich verständlich für alle, auch für die konservative Rechte, die durch Zwischenschübe zu erkennen gab, daß sie den Satz auch wirklich verstanden hatte, ließ Graf Hertling erkennen, daß er sich für die Durchführung der preussischen Wahlrechtsreform mit aller Kraft einsetzen werde. Die Sozialpolitik soll fortgeführt und erweitert werden. Die Genjur soll eine Milderung erfahren, die Einschränkungen des Vereins- und Versammlungsrechtes sollen gelockert werden.

Nach einer Schilderung unserer günstigen Kriegslage und nach Worten herzlichen Dankes für die wackeren Kämpfer zu Wasser und zu Lande widmete Graf Hertling einen großen Teil seiner Ausführungen der auswärtigen Politik. Er stellte an die Spitze die von dem Reichstage mit lebhaftem Beifall aufgenommene Mitteilung, daß am Mittwoch abend die gegenwärtige russische Regierung Lenins an die Regierungen der Völker der kriegführenden Länder funktentelegraphisch die Aufforderung gerichtet hat, zu einem nahen Termin die Waffenstillstandsverhandlungen einzuleiten. Auf der Grundlage unserer Antwort auf die Basisnote, zu der sich der Kanzler nun bekannte, sollen die Vorschläge der russischen Regierung geprüft werden und soll mit den bevollmächtigten russischen Vertretern verhandelt werden. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker soll bei diesen Verhandlungen beachtet werden, und von solchen Verhandlungen erhofft Graf Hertling, daß sie uns den Frieden bringen können. Wie es bei Beginn des Krieges feierlich versprochen wurde, daß uns nicht Eroberungspläne treibe, so soll es bleiben, und nicht bei uns Versehen die Eroberungsabsichten, sondern bei den Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens, denen wir mit unseren Friedensüberlegungen keinen Freisitz geben haben. Schon der lebhafteste Beifall, den die Darlegungen des Kanzlers bei den Mehrheitsparteien weckten, ließ erkennen, daß er ihrer Zustimmung sicher war.

In den Erklärungen, die für das Zentrum der Abgeordneten, für die Sozialdemokratie Herr Scheide mann, für die Fortschrittliche Volkspartei der Abgeordnete Fischel und für die Nationalliberalen Dr. Stresemann abgab, wurde das bekräftigt. Wie in parlamentarischer Form auf die russische Basisnote eine weitere Erklärung abgegeben wurde, die aus der Wichtigkeit der deutsch-russischen Verhandlungen die Notwendigkeit der Fortschrittlichen Zusammenkünfte und die Notwendigkeit der Fortschrittlichen Zusammenkünfte hervorgeht, so wird nach der Besichtigung des Herrn Scheidemann dieser neuen nach parlamentarischen Gebärden entstandenen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten, sie will sie unterstützen in der Hoffnung, daß sie alle Hindernisse für einen dauerhaften Frieden beseitigt. Der neue Reichskanzler konnte nach dem Gange der Debatte einen vollen Erfolg verzeichnen.

### Zur Wahlrechtsreform in Preußen.

Dreiklassenwahlrecht und Reichstagswahlrecht. Nachdem nunmehr dem preussischen Landtag ein Gesetzesentwurf, der das Dreiklassenwahlrecht beseitigen und

durch das Reichstagswahlrecht mit einigen Modifikationen ersetzen will, vorgelegt worden ist, erweist es angebracht, hervorzuheben, wie sehr das Dreiklassenwahlrecht die Zulassung einer Volkvertretung beeinträchtigt hat. Das ergibt sich aus einem Vergleich zwischen der Zulassung des preussischen Abgeordnetenhauses in seiner gegenwärtigen Gestalt und den Reichstagsabgeordneten, die in den 236 Reichstagsabgeordneten Preußens gewählt worden sind. Ein Vergleich zwischen der Vertretung der 413 preussischen Landtagsmandate und der 236 preussischen Reichstagsmandate zeigt, daß gegenwärtig vertreten sind

	im Abgeordnetenhaus:	im Reichstag:
Nationalliberale	75	25
Deutschkonservative	148	95
Deutsche Fraktion (Freikontl.)	54	25
Zentrum	103	50
Polen	12	14
Nationalliberale	75	25
Fortschrittliche Volkspartei	40	25
Sozialdemokraten	10	50
Wilde	3	5
	443	236

Diese Nebeneinanderstellung bietet eine Erklärung, weshalb die Konventionen von dem allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Reichstagswahlrecht für das preussische Abgeordnetenhaus nichts wissen wollen. Es ist nicht auch, weshalb der konservative Führer von Preußen am 17. Januar im preussischen Abgeordnetenhaus die Zulassung des Abgeordnetenhauses als fast ideal bezeichnet hat und warum er an dem indirekten und ungleichen Dreiklassenwahlrecht in Preußen höchsten Schicksalserbeiter erweisen konnte. Ein völlig außerordentliches Bild von der zukünftigen Zusammenlegung des Abgeordnetenhauses liefert die obige Zusammenstellung nicht, weil die Wahlkreisverteilung für den Reichstag und das Abgeordnetenhaus vielfach von einander abweicht und weil auch das neue Wahlrecht für Preußen in nicht unwesentlichen Punkten sich von dem Reichstagswahlrecht unterscheidet, so daß viele Reichstagsabgeordnete, auch wenn sie Preußen sind, bei den Landtagswahlen nicht werden mitzählen dürfen, falls nicht noch Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen werden.

Die Beratung der Wahlrechtsvorlage. Der Tag, an welchem Graf Hertling als sich dem Abgeordnetenhaus als preussischer Ministerpräsident vorstellen wird und die Beratung der Wahlrechtsvorlage und der Herrenhausreform beginnen soll, steht noch nicht fest. Es ist durch den bisherigen Gang der Beratungen zweifelhaft geworden, ob der in Aussicht genommene Termin des 4. Dezember innegehalten werden kann oder ob nicht eine Verhinderung auf Mittwoch, den 5. Dezember, eintreten muß. Emballung wird darüber eine Donnerstag oder Freitag stattfindende Beratung des Ausschusses entscheiden.

Graf Hertling darf erst nach drei Jahren wählen. Die „Frankfurter Zeitung“ bemerkt zu der Festbestimmung für die Wahlberechtigung: Die ganze Bestimmung und ihre Ausführung wird durch ein einziges Beispiel ad absurdum geführt. Unter sie fällt nämlich auch der neue preussische Ministerpräsident Graf Hertling, der durch seine Berufung die preussische Staatsangehörigkeit erworben hat. Auch er soll sich nach dieser weisen Begründung erst drei Jahre lang in die politischen Verhältnisse Preußens einleben, ehe er das Wahlrecht erhält, inwieweit aber durchaus befähigt sein, die Geschäfte Preußens zu leiten.

Die Leiter als allgerneine Opposition. In der Sitzung einer konservativen Versammlung in Neustettin hielt der konservative Abg. v. Born in Rede über einen Vortrag, in dem er von der Neuorientierung nicht wissen wollte. Das Reichstagswahlrecht ist viel reformbedürftiger als das Landtagswahlrecht. Wir werden uns vor die Dynamik haben zu stellen und werden sie gegen den Reichstag und gegen die königliche Staatsregierung mit unseren Leibchen zu bedecken suchen! — Köstlich!

## Der Weltkrieg

Das russische Waffenstillstands- und Friedensangebot.

Berlin, 29. November 1917.  
Reichskanzler Graf von Hertling machte heute im Reichstag folgende Mitteilung:  
Die russische Regierung hat gestern von Zarsooje Selo aus ein von dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Herrn Trojtsch und dem Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare Herrn Dema